

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

30.06.2021

Inhalt

EWN

1 Corona überschattet Bilanz der Regierung <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 30.06.2021</i>	3
2 10 Jahre Atomausstieg: Behörden ziehen Bilanz <i>strom-magazin.de, 29.06.2021</i>	4
3 Zur Einhaltung der Klimaziele : Kann jetzt nur noch Atomkraft unser Klima retten? <i>shz.de (Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag), 30.06.2021</i>	6
4 Strategische Allianz setzt im Norden auf Wasserstoff <i>Nordwest-Zeitung - Oldenburger Kreiszeitung, 30.06.2021</i>	8

Corona überschattet Bilanz der Regierung

Schwesig: MV war vor dem Virus auf einem guten Weg

Die Corona-Krise trübt die Bilanz der Schweriner SPD/CDU-Koalition für die zu Ende gehende Wahlperiode. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 46,6 Milliarden Euro und gut 34 Millionen Gästeübernachtungen habe MV im Jahr 2019 die bislang besten Ergebnisse in seiner Geschichte erzielt, sagte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) am Dienstag auf der Bilanz-Presskonferenz der Landesregierung in Schwerin.

Dann habe die Pandemie das Land erreicht und es habe schlimme Vorstellungen von *Wirtschaftseinbrüchen* und neuerlicher Massenarbeitslosigkeit wie nach der Wende gegeben. Das habe verhindert werden können. „Corona hat die sehr gute Entwicklung gebremst, aber Corona hat sie zum Glück nicht vernichtet“, betonte Schwesig.

Wichtigstes Ziel der zurückliegenden 15 Monate sei es gewesen, das Land so gut und sicher wie möglich durch die schwere Zeit der Corona-Pandemie zu bringen. Die Koalition habe alles für den gesundheitlichen Schutz der Bevölkerung getan. Mit dem größten Hilfspaket in der Geschichte des Landes im Umfang von 2,85 Milliarden Euro seien die Weichen dafür gestellt

worden, dass es *wirtschaftlich* wieder bergauf gehe.

Auch *Wirtschaftsmister* Harry Glawe (CDU) als Schwesigs Stellvertreter zeigte sich zuversichtlich, dass die Konjunktur wieder an Fahrt gewinnt, sich weitere Firmen ansiedeln und zusätzliche Jobs entstehen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sei von 2016 bis 2019 um 3,3 Prozent 579 000 gestiegen, die Zahl der Arbeitslosen trotz der Corona-Krise heute mit 66 000 niedriger als zu Beginn der Wahlperiode 2016. Laut Glawe stellten Bund und Land bislang mehr als eine Milliarde Euro bereit, um die *Wirtschaft* in der Corona-Krise zu stützen. „Ich denke, der Erfolg gibt uns Recht.“

Als politischen Meilenstein in den vergangenen knapp fünf Jahren führte Schwesig die Abschaffung der Elternbeiträge für die Kitas an. „Der Landesregierung ist es gelungen, in einem gemeinsamen Kraftakt mehr zu machen, als im Koalitionsvertrag verankert“, betonte sie. Im Land könnten 113 000 Kinder beitragsfrei die Kita besuchen. Das sei wichtig, um Chancengleichheit für Kinder von Anfang an herzustellen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern.

 strom-magazin.de | 29.06.2021

 Diana Schellhas

 WEBLINK

10 Jahre Atomausstieg: Behörden ziehen Bilanz

Der Atomausstieg wurde nach der Katastrophe im AKW Fukushima beschlossen. Das ist fast zehn Jahre her und im kommenden Jahr sollen auch die letzten Reaktoren in Deutschland vom Netz gehen. Behörden äußern jedoch Sorge wegen des Zustands der AKW in Europa.

Zum zehnten Jahrestag des parteiübergreifenden **Atomausstiegsbeschlusses** am 30. Juni 2011 im Deutschen Bundestag ziehen Bundesumweltministerin Svenja Schulze und der Präsident des Bundesamts für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung (BASE)** Wolfram König positive Bilanz und warnen vor den immer noch unbeherrschbaren Risiken der **Atomkraft**.

Atomausstieg soll 2022 abgeschlossen werden

Auf nationaler Ebene schreitet der **Atomausstieg** planmäßig voran, von 17 verbliebenen **Atomkraftwerken** im Jahr 2011 wurden mittlerweile 11 endgültig stillgelegt, Ende nächsten Jahres wird kein deutsches **AKW** mehr Strom produzieren, berichten das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und **nukleare** Sicherheit und das Bundesamt für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung (BASE)** in einer gemeinsamen Pressemitteilung.

In diesem Jahr wurden demnach zudem langjährige Verhandlungen erfolgreich zum Abschluss gebracht und zwei wesentliche Fortschritte erzielt. Hinsichtlich des hiesigen **Atomausstiegs** sei es gelungen, mit den **AKW** betreibenden Energieversorgungsunternehmen eine Einigung über die Beilegung aller betreffenden Rechtsstreitigkeiten und einen finanziellen Ausgleich zu treffen. Ihre gesetzliche Umsetzung sei kürzlich von Bundestag und Bundesrat verabschiedet worden.

Außerdem sei mit Frankreich eine Grundsatzvereinbarung über eine neue Lösung für die Rückführung **radioaktiver** Abfälle aus der Wiederaufarbeitung erreicht worden, die eine erhebliche Anzahl an **Atom-mülltransporten** vermeide. Die Einzelheiten dieser Lösung würden in den kommenden Monaten zu Ende verhandelt, eine gesetzliche Voraussetzung sei kürzlich vom Bundestag verabschiedet worden.

Viele EU-Länder wollen aus der Atomkraft aussteigen

In der EU sinke die Gesamtmenge der Stromerzeugung aus **Atomkraft**. Die Produktion aus erneuerbaren Energien steige hingegen. Deutschland stärke mit seinem Ausstieg den Kreis der **atomkritischen** EU-Mitgliedstaaten. Die Hälfte der EU-Mitgliedstaaten habe nie auf **Atomkraft** gesetzt, zum Beispiel Österreich, Luxemburg und Dänemark. Belgien habe beschlossen, bis 2025 auszusteigen. Spanien habe sich mit den **AKW**-Betreibern auf einen stufenweisen Ausstieg geeinigt. Italien und Litauen entschieden sich nach dem Reaktorunglück in Fukushima gegen einen Wiedereinstieg. Selbst das **atomkraftbefürwortende** Frankreich plane seinen Anteil der **Atomenergie** an der Stromversorgung herunterfahren und habe weitere **AKW**-Abschaltungen nach der des **AKW** Fessenheim beschlossen.

Bundesumweltministerin Svenja Schulze: "Der gemeinsame beschleunigte **Atomausstieg** von 2011 war eine historische Errungenschaft. Er befriedete Konflikte, reduzierte Unfallrisiken, vermied **Atom-müll** und ermöglichte eine tragfähige Lösung des **Atom-müllproblems**. **Atomkraft** ist von gestern, auch jenseits unserer Grenzen. In der EU verliert sie seit Jahrzehnten an Bedeutung. Doch der **Atomstrom** stammt zunehmend aus überalterten Reaktoren, das bereitet mir Sorge. Laufzeitverlängerungen lehne ich ab, **Atomkraftwerke** lassen sich nicht umfassend nachrüsten. Für den Schutz von Mensch und Umwelt ist der Handlungsauftrag für mich und das BMU ganz klar: **Atomausstieg** in Deutschland konsequent vollenden, **Atomrisiken** in Europa reduzieren, die **nukleare** Sicherheit weltweit erhöhen." Ihre umfassende Position zur Vollendung des **Atomausstiegs** hatte Bundesumweltministerin Schulze kürzlich in einem 12-Punkte-Plan vorgelegt.

Regierung lehnt Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken ab

Sorgen bereite die zunehmende Überalterung vieler

Reaktoren, weit über eine Auslegungsbetriebsdauer von zumeist 40 Jahren, heißt es in der Pressemitteilung weiter. Mitte dieses Jahrzehnts würde bereits über die Hälfte der heute bestehenden Kraftwerkskapazität in der EU aus sogenanntem Langzeitbetrieb stammen. Gegen **AKW**-Alterung ließe sich nur punktuell etwas machen, nicht umfassend. Es gäbe technische und wirtschaftliche Grenzen der Nachrüstbarkeit – so ließe sich etwa ein versprödeter Reaktordruckbehälter nicht austauschen. Die Bundesregierung lehne deshalb Laufzeitverlängerungen von **AKW** ab. Das Bundesumweltministerium setze sich mit Nachdruck dafür ein, dass bei Laufzeitverlängerungen Transparenz hergestellt und Beteiligungsmöglichkeiten der angrenzenden Staaten und deren Bevölkerung ge-

wahrt würden; es solle zumindest eine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden.

Mit Blick auf vermeintlich neue **Atomtechnologien** zieht **BASE**-Präsident Wolfram König das Fazit: "In absehbarer Zeit können möglicherweise zur Verfügung stehende **Atom**-Technologien weder die Altlasten der **Atomenergie**-Nutzung beseitigen noch die jetzt anstehenden Zukunftsfragen des Klimawandels beantworten". Zu diesem Schluss kämen zwei Gutachten im Auftrag des **BASE**, die den gegenwärtigen Stand und mögliche Auswirkungen bei der Entwicklung von sogenannten Small Modular Reactors (SMR) und Partitionierungs- und Transmutations-Konzepten (P&T) analysierten.

Zur Einhaltung der Klimaziele : Kann jetzt nur noch Atomkraft unser Klima retten?

Atomkraftwerke sind sicher und vor allem klimaneutral. Das sagen Befürworter der Kernenergie. Doch was ist dran an den Versuchen, Atomkraft wieder salonfähig zu machen? Ein Faktencheck.

Flensburg | In wenigen Monaten ist auch in Brokdorf Schluss. Bis Ende des Jahres muss auch das letzte Atomkraftwerk Schleswig-Holsteins vom Netz gehen.

Beschlossen wurde der Atomausstieg vom Bundestag bereits am 30. Juni 2011 – also am Mittwoch auf den Tag genau vor zehn Jahren. Vorhergegangen war eine Katastrophe, dessen Bilder um die Welt gingen und für ein Umdenken in der deutschen Politik gesorgt haben.

Was damals als alternativloser Schritt galt, wird heute – mit dem drohenden Verfehlen der Klimaziele – zunehmend kritisch hinterfragt. Schließlich sind Atomkraftwerke sicher und vor allem CO₂-neutral, oder nicht? Das sagen zumindest Befürworter der Kernenergie. Doch was ist dran an den Versuchen, Atomkraft wieder salonfähig zu machen? Ein Faktencheck.

These 1: Atomkraft ist klimaneutral

Atomkraftwerke sind zwar CO₂-arm, aber nicht vollkommen klimaneutral. Denn neben dem Auf- oder Abbau der Werke werden auch im laufenden Betrieb klimaschädliche Emissionen freigesetzt. Ob sich mit Atomkraftwerken eine klimaneutrale Zukunft gestalten lässt, ist also zu bezweifeln. Wahr ist aber auch, dass im Betrieb vergleichsweise deutlich weniger Treibhausgase entstehen als beispielsweise bei Kohlekraftwerken.

Selbst für Klimaaktivistin Greta Thunberg wäre Atomkraft daher als „ein kleiner Teil einer sehr großen neuen kohlenstofffreien Energielösung“ denkbar. Ihr Post aus dem März 2019 stieß bei ihren Mitstreitern auf teils heftige Kritik. Unumstritten ist hingegen, dass die erneuerbaren Energien im Vergleich am besten abschneiden.

These 2: Atomkraftwerke sind sicher

Atomkraftgegner verweisen oftmals auf Katastrophen wie Tschernobyl oder Fukushima, um die Gefahren der Technologie aufzuzeigen. Befürworter sehen kei-

ne Vergleichbarkeit, sind die Kernkraftwerke in Europa doch wesentlich moderner – oder?

Grundsätzlich stimmt es, dass mit zunehmenden Standards und verbesserter Technologie auch die Sicherheit der Atomkraftwerke steigt – eine absolute Sicherheit kann es allerdings auch bei den modernsten Reaktor-Anlagen nie geben. Das räumen selbst die größten Befürworter ein.

Eine unabhängige Studie aus dem Jahr 2018 hat zudem zahlreiche Mängel an deutschen Standorten festgestellt und vor allem vor zukünftigen Gefahren durch Naturkatastrophen und terroristische Anschläge gewarnt. Immer wieder stehen auch belgische Atommeiler an der Grenze zu Deutschland in der Kritik – etwa Tihange oder Doel

Darüber hinaus geben Atomkraftwerke radioaktive Strahlung ab und produzieren hochradioaktiven Atommüll.

These 3: Atommüll kann recycelt werden

Dieser könne nach den Aussagen vieler Fürsprecher ja inzwischen recycelt werden. Das stimmt, denn Atommüll kann durchaus wiederverwertet werden. Aber auch hier liegt die Wahrheit in der Mitte: Recycling ja – aber nicht zu 100 Prozent. Es fallen bei dem Prozess nämlich weiterhin nicht unerhebliche Rückstände an.

Dieser verbleibende Atommüll bleibt teilweise über Jahrhunderte gefährlich und muss sicher von der Biosphäre abgesondert werden. Hierfür müssen die Abfälle den Weg in ein Endlager finden, die Suche danach ist schwieriger als gedacht. Eine Lösung für ein Endlager des bisherigen Atommülls ist in Deutschland noch nicht in Sicht. Alleine das Verfahren zur Suche nach einem geeigneten Standort soll erst bis 2031 abgeschlossen werden.

These 4: Ohne Atomstrom geht das Licht aus

Dieser These können wir klar widersprechen. In Deutschland ist die Höchstlast von maximal 80 Gigawatt zu jeder Zeit gesichert. Der schrittweise Atomausstieg läuft bereits seit zehn Jahren und die Stromproduktion übersteigt die bisherige Nachfrage – das wäre

auch ganz ohne Atomkraftwerke der Fall. Dazu kommt, dass die erneuerbaren Energien stetig ausgebaut werden. Um zu wenig Saft aus der Steckdose braucht sich in Deutschland also niemand sorgen.

Strategische Allianz setzt im Norden auf Wasserstoff

Energie: Mehrere Bundesländer treiben Forschung voran – Im Nordwesten entstehen viele Projekte

Oldenburg - Die Norddeutsche Wasserstoffstrategie ist ein Projekt für die Zukunft und die umweltfreundliche Gewinnung von Wasserstoff. Ins Leben gerufen wurde sie 2019 von den Bundesländern Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und **Mecklenburg-Vorpommern**. Bei der Strategie geht es darum, die Wasserstoffwirtschaft zu stärken und in der Gesellschaft zu etablieren.

Klimaziele vor Augen

Im April 2021 ging dafür ein Norddeutsches Reallabor im Verbund der Länder Hamburg, Schleswig-Holstein und **Mecklenburg-Vorpommern** an den Start. Bis 2035 will die Allianz aus Wissenschaft, **Wirtschaft** und Politik die CO-Emissionen stark reduzieren. Es geht darum, grünen Wasserstoff aus der Elektrolyse von Wasser herzustellen. Pro Jahr will man so eine halbe Million Tonnen CO einsparen und dem Klimaziel näherkommen. Zum Auftakt hat das Norddeutsche Reallabor Fördergelder in Höhe von 52 Millionen Euro vom Bund bekommen.

Gerade der Norden ist aufgrund der Küstennähe und vieler bereits existierender Windkraftanlagen ein geeigneter Standort für dieses Projekt. Jährlich werden neue Maßnahmen getroffen, um es zu fördern. Dabei sollen die einzelnen Sektoren Strom, Wärme, Mobilität und **Industrie** miteinander verknüpft werden und zusammenarbeiten. Spätestens ab 2025 soll so dann auch der öffentliche Personennahverkehr auf Wasserstoff umgestellt werden.

Für 2021 haben sich die Verantwortlichen aus den Bundesländern zusammengesetzt und Ziele aufgestellt. Das größte Ziel ist es, Wasserstoff in die Öffentlichkeit zu tragen und die Bevölkerung darauf aufmerksam zu machen. Dazu gibt es auch in Oldenburg ein Projekt zum Bau einer Wasserstofftankstelle an der

Cloppenburg Straße. In der Zukunft soll dort auch die größte Wasserstofftankstelle Europas durch die EWE errichtet werden. Des Weiteren soll schon jetzt Wasserstoff importiert werden, um Projekte voranzutreiben. Auch werden in den Bundesländern Speichermöglichkeiten für Wasserstoff ausgebaut.

Hohe Investitionen

Viele Unternehmen haben schon in dieses Projekt investiert und wollen, sobald ausreichend Wasserstoff vorhanden ist, auch damit arbeiten. Es soll auf den Transport mit Wasserstoff-Fahrzeugen umgestiegen und auch Wohngebiete sollen vollständig durch Energie aus Wasserstoff versorgt werden. Seit 2018 gibt es einen mit Wasserstoff betriebenen Zug und diese Linie soll bis Herbst 2021 durch weitere Züge ergänzt werden.

In den Bundesländern werden aktuell viele verschiedene Projekte vorangetrieben, um die Norddeutsche Wasserstoffstrategie zu unterstützen. Daran sind zum Beispiel der Hafen in Emden, der Seehafen Brake und die Unterweser-Stadt beteiligt. In Oldenburg soll am Fliegerhorst eine „Energetische Nachbarschaft“ entstehen, bei der 110 Wohneinheiten zum größten Teil ihren Bedarf mit lokal erzeugter Energie decken sollen.

Schon jetzt stammt in Norddeutschland fast die Hälfte des Stroms aus erneuerbaren Energien und durch Wasserstoff soll dies noch erweitert werden. Für die Region würde dies viele Vorteile bieten. Umwelt und **Wirtschaft** profitierten. Der Norden würde ein attraktiver Standort für Unternehmen, die in Wasserstoff investieren möchten und Arbeitsplätze kämen hinzu, was zu einer positiven Entwicklung vieler Städte führen könnte. Mit der Strategie kann Norddeutschland als Beispiel für andere Projekte gelten.